

Persönliche Verlautbarung zum Thema „Familiennachzug“ in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD im Januar/Februar 2018 (hervorgegangen aus einem per E-Mail versandten Schreiben vom 26.01.2018 an Mitglieder der SPD)

Die politischen Resultate, die in den Sondierungsgesprächen zur Bildung einer Großen Koalition für die Legislaturperiode bis 2021 erzielt wurden, nehmen sich – und dies dürfte in weiten Kreisen der Sozialdemokratie derzeit so gut wie unstrittig sein – z.T. recht kümmerlich aus. Ein solches Urteil betrifft in besonderer Weise die Regelungen zum Familiennachzug für Migranten unter subsidiärem Schutz. Der Nachzug von 1000 Familienangehörigen pro Monat bleibt in entsprechender Multiplikation hinter den Erwartungen, die sich mit der seit geraumer Zeit kursierenden, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)<sup>1)</sup> authentisierten Zahl von insgesamt 50000 bis 60000 verbinden, erheblich zurück, und dies letztlich nicht nur quantitativ, sondern, wenn das einmal so ausgedrückt werden darf, auch nach Maßgabe von Wertvorstellungen und Prinzipien wie Humanität, Verantwortungsbewusstsein und Rechtsstaatlichkeit. In den derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen u.a. mit Bezug auf das hier angesprochene Thema sollte unbedingt eine erheblich höhere Anzahl von Nachzugsgenehmigungen gefordert werden, sodass im Sinne eines Kompromisses monatlich mit einer Zahl von mindestens 2000 Personen gerechnet werden kann. Auf jeden Fall dürfte die Nachbesserung der diesbezüglichen Ergebnisse, wie sie in den Sondierungsgesprächen mit der CDU/CSU ausgehandelt wurden, für die Mitglieder der SPD vermutlich in ihrer Mehrheit eine unverzichtbare Voraussetzung darstellen im Hinblick auf ein zustimmendes Votum im Rahmen des im Bereich der SPD durchzuführenden Referendums nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen.

Überdies wäre gerade der CSU mit noch mehr Nachdruck, als es bisher der Fall war, zu unterbreiten, dass nach einem möglicherweise negativ ausfallenden Entscheid der SPD-Mitglieder zur Bildung einer Großen Koalition und damit auch nach Neuwahlen, die dann höchstwahrscheinlich anberaumt werden müssten, mit Sicherheit keine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD in Aussicht steht, unter den Bedingungen einer weiterhin von der CSU vertretenen restriktiven Haltung zum Familiennachzug für Migranten vermutlich auch kein Arrangement mit den „Grünen“ im Kontext möglicher neuer Sondierungen für eine Jamaika-Koalition zu erwarten ist. Im Übrigen sollte der CSU allmählich die Peinlichkeit zum vollen Bewusstsein gebracht werden, mittlerweile vorwiegend, wenn nicht sogar ausschließlich von externen Personen auf die Verpflichtungen, die sich aus dem „C“ und „S“ im Parteinamen ergeben, hingewiesen zu werden.

Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Ohne einen tragfähigen Kompromiss bezüglich der hier angesprochenen Problematik wird im Rahmen der geplanten Befragung nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen eine mehrheitliche Zustimmung der SPD-Mitglieder zur Bildung eines Regierungsbündnisses von CDU/CSU und SPD mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erfolgen, und dies durchaus zu Recht!

Gleichwohl, es gibt eine vorerst letzte Chance: Alle Verhandlungsführer – nicht nur die der SPD, aber sie ganz besonders – sollten sich ebenso freundlich wie nachdrücklich aufgefordert fühlen, in den anstehenden Gesprächen und Auseinandersetzungen zur Koalitionsbildung substantielle quantitative wie qualitative Verbesserungen, insbesondere was das oben in Augenschein genommene Thema anbelangt, durchzusetzen, um eine abschließende Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU gerade angesichts der in dieser Hinsicht überaus prekären Lage dann doch noch zu ermöglichen.

<sup>1)</sup> <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/fluechtlinge-familiennachzug-herbert-bruecker-migrationsforschung> (letzter Abruf: 30.01.2018)

Norderstedt, im Januar 2018

Michael Pleister